



Präsidentin Tsai trifft mit IPAC-Delegation zusammen



Staatspräsidentin Tsai Ingwen erklärte am 3. November, die Regierung der Republik China (Taiwan) sei entschlossen, die Zusammenarbeit mit gleichgesinnten demokratischen Freunden und Verbündeten zu verbessern, um die Sicherheit über die Taiwanstraße sowie Frieden und Stabilität in der gesamten Region zu gewährleisten.

Die demokratische Weltordnung habe derzeit mit enormen Herausforderungen zu kämpfen, darunter Russlands Invasion in der Ukraine und die sich hinziehenden Militärmanöver der VR China, definierte Tsai und ergänzte, solches Handeln habe die Weltordnung gestört und gefährdet.

So äußerte sich das Staatsoberhaupt während der Begegnung mit einer Delegation der Interparlamentarischen Allianz zu China (Inter-Parliamentary Alliance on China, IPAC), geleitet von Reinhard Bütikofer, Ko-Vorsitzender von IPAC und

Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zur VR China des Europaparlaments. Der Gruppe gehören außerdem Parlamentsabgeordnete aus sieben europäischen Ländern und des Europaparlaments an, unter ihnen die IPAC-Mitglieder Avdullah Hoti, ehemaliger Premierminister des Kosovo, Els Van Hoof, Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses von Belgiens Parlament, und Mykola Kniashytskyi, Leiter des Parlamentarierversbandskomitees EU-Ukraine.

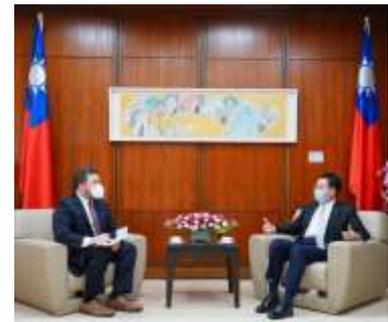
Laut Tsai steht Taiwan bei der Bekämpfung der Expansion von Autoritarismus an vorderster Front. Es sei von wesentlicher Bedeutung, dass das Land seine Selbstverteidigungs-Kapazitäten verbessern könne und ferner engere und stärkere Verbindungen mit demokratischen Partnern knüpfe, warb sie.

Bei der Gelegenheit dankte Tsai IPAC für die energische Unterstützung und verwies auf ein während des IPAC-Gipfels im September angenommenes Kommuniqué, in dem hervorgehoben wurde, wie wichtig es sei, Frieden und Stabilität über die Taiwanstraße zu wahren, und das überdies Parlamentsabgeordnete ermunterte, Taiwan zu besuchen, sowie die Abgabe einer Stellungnahme, in der an demokratische Staaten appelliert wurde, den politischen und

wirtschaftlichen Umgang mit Taiwan zu verstärken.

Bütikofer machte in seiner Antwort klar, dass IPAC gegen die Aggression der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) mit Taiwan solidarisch sei, jegliche einseitige Veränderungen am Status Quo in der Taiwanstraße ablehne sowie die Anwendung von oder Drohung mit Gewalt missbillige.

Taiwans Außenminister Wu von Washington Post interviewt



Nach den Worten von Außenminister Jaushieh Joseph Wu verbessert Taiwan seine Verteidigungskapazitäten, damit das Land auf eine Invasion vorbereitet ist, und arbeitet daneben mit gleichgesinnten Partnern zusammen, um Beijings autoritäre Aggression abzuschrecken.

So äußerte sich der Ressortchef während eines Interviews, welches der Journalist Josh Rogin von der Washington Post für einen Meinungsbeitrag mit dem



Titel „Taiwan schlägt über Kaiser Xi Alarm“, der am 3. November veröffentlicht wurde, mit ihm führte.

Taiwan verfolge unablässig die Vorbereitungen der VR China für eine Invasion sehr genau, enthüllte Wu und ergänzte, der Führer der VR China Xi Jinping habe den Kontakt mit der Wirklichkeit der Situation in Taiwan verloren, und nach dem Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) im vergangenen Monat könnte er Frieden und Stabilität in der Taiwanstraße gefährden.

Die VR China verfolge Präsidentschaftswahlen in Taiwan und in den USA immer besonders aufmerksam, analysierte Wu und wies darauf hin, die Gefahr, dass die VR China auf Abläufe der Präsidentschaftswahlen — in Taiwan voraussichtlich im Januar 2024 und in den USA im November 2024 — überreagiere, sei dann erhöht.

Für die Zeit nach 2024 könne man ferner nicht ausschließen, dass Xi gegen Ende seiner dritten Amtszeit für seinen Platz in den Geschichtsbüchern militärisch gegen Taiwan vorgehen werde, so Wu. Sobald die VR China zu der Überzeugung gelange, es könne Taiwan mit Erfolg einnehmen, werde die Gefahr zunehmen, warnte er. Taiwan habe dagegen lediglich einen Plan — nämlich, sich selbst zu

verteidigen, betonte Minister Wu.

Laut Wu hat Taiwan seine Verteidigungsstrategie umgestaltet, um Lehren einzubeziehen, die man aus dem Krieg in der Ukraine gezogen habe. Das Land stärke ferner seine Kapazitäten bei asymmetrischer Kriegführung, baue Reserve-Kommunikationssysteme auf, lege Vorräte von Bedarfsgütern an, schärfe die Fertigkeiten bei gemischter Kriegführung und reformiere sein Militärreservesystem, zählte er auf.

Überdies erwarte man, dass durch die USA an Taiwan verkaufte Rüstungsgüter rechtzeitig eintreffen würden, um die Verteidigungskapazitäten des Landes weiter zu festigen, stellte er klar.

Die Taiwaner seien entschlossen, die Freiheit, Demokratie und Souveränität des Landes zu schützen, unterstrich Wu und appellierte an die Mitglieder der internationalen Gemeinschaft, Taiwan fortgesetzt zu unterstützen und gemeinsam daran zu arbeiten, die Expansion von Autoritarismus der VR China in aller Welt einzuschränken.

In einer Botschaft auf seiner offiziellen Twitter-Seite schrieb das Außenministerium: „Der Parteitag der #KPCh führte alle Regimeanhänger zusammen. Minister Wu legt dar, wie #Chinas

Abkoppelung von der Realität zu steigenden Spannungen über die Taiwanstraße führen könne. Wichtiger Punkt: #Taiwan zu helfen, sich zu verteidigen, ist der maßgebliche Weg zu Stabilität in der Region.“

Präsidentin Tsai empfängt britischen Staatsminister für internationalen Handel



Staatspräsidentin Tsai Ing-wen erklärte am 9. November, die Regierung der Republik China (Taiwan) sei entschlossen, die Handelsbeziehungen mit Großbritannien zu verbessern und die Wirtschaftskooperation zu vertiefen, um gemeinsam Wohlstand zwischen den beiden Ländern voranzubringen.

Im Laufe der jüngsten Jahre hätten Taiwan und das Vereinigte Königreich die Partnerschaft in einem breiten Spektrum von Bereichen ausgedehnt, darunter Technologie, Energie, Handel und Entwicklung intelligenter Städte, berichtete Tsai. In der Zeit nach der Coronavirus-Pandemie freue Taiwan sich darauf, mit Großbritannien und weiteren



demokratischen Verbündeten daran zu arbeiten, durch Kooperation bei moderner Technologie, gegenseitige Investitionen und finanzielle Unterstützung belastbarere Lieferketten aufzubauen, warb sie.

So äußerte sich das Staatsoberhaupt im Präsidentschaftsamt in Taipeh während einer Begegnung mit Greg Hands, Staatsminister in Großbritanniens Ministerium für internationalen Handel, und seiner Delegation.

Laut Tsai wurden in diesem Jahr erstmals seit Beginn der Coronavirus-Pandemie die taiwanisch-britischen Handelsgespräche wieder direkt mit persönlicher Anwesenheit und nicht online durchgeführt. Das Ziel bestehe darin, den gegenseitig vorteilhaften Wirtschaftsaustausch zwischen den beiden Ländern zu festigen und gleichzeitig darauf hinzuwirken, ein bilaterales Handels- und Investitionsabkommen unter Dach und Fach zu bringen, bemerkte sie.

Bei der Gelegenheit dankte Präsidentin Tsai der britischen Regierung wegen ihrer seit langem gebotenen Unterstützung für Taiwans internationale Beteiligung und das Eintreten für Frieden und Stabilität über die Taiwanstraße, und sie beglückwünschte Premierminister Rishi Sunak zu seinem neuen Amt.

Hands antwortete darauf, Taiwan und Großbritannien pflegten ein Verhältnis, das über Handel und Investitionen hinausgehe, denn beide Länder hätten starke demokratische Systeme und Institutionen, und als gleichgesinnte Partner wären sie mit vielen ähnlichen Herausforderungen konfrontiert.

Morris Chang von TSMC repräsentiert Taiwan beim APEC-Gipfel der Volkswirtschaftsführer



Taiwan ist gerne bereit, seine Vorstellungen und Ansichten mit anderen Mitglieds-Volkswirtschaften in der Asiatisch-pazifischen Wirtschaftlichen Zusammenarbeit (Asia-Pacific Economic Cooperation, APEC) zu teilen, erklärte Morris Chang, Gründer des in der nordtaiwanischen Stadt Hsinchu beheimateten weltweit größten Computerchip-Herstellers Taiwan Semiconductor Manufacturing Co. Ltd.

Als Repräsentant von Staatspräsidentin Tsai Ingwen bei der diesjährigen Gipfelkonferenz der APEC-Volkswirtschaftsführer, die

vom 18. bis 19. November in Thailands Hauptstadt Bangkok über die Bühne ging, traf Chang mit globalen Führungspersonlichkeiten zusammen wie US-Vizepräsidentin Kamala Harris, Japans Premierminister Fumio Kishida sowie Xi Jinping von der VR China.

Laut Chang begrüßte Harris den Bau einer Halbleiter-Fertigungsanlage von TSMC im US-amerikanischen Bundesstaat Arizona und bekräftigte die Entschlossenheit der USA, Taiwan beizustehen. Der US-Handelsminister sei nach Arizona eingeladen worden, um am 6. Dezember an der offiziellen Eröffnung der Anlage teilzunehmen, berichtete Chang und ergänzte, diese Chipfabrik in den USA würde mehr moderne Chips produzieren, als bisher in dem Land hergestellt würden.

Während seiner Begegnung mit Kishida sagte Chang, Taiwan und Japan unterhielten ein enges Verhältnis und hätten einander dabei geholfen, Naturkatastrophen und die Coronavirus-Pandemie zu bekämpfen. Das energische Eintreten des ostasiatischen Landes auf internationalen Schauplätzen für Frieden und Stabilität in der Taiwanstraße wisse man außerordentlich zu schätzen, betonte er.



Chang rechnet mit Japans anhaltender Unterstützung für Taiwans Streben nach Beteiligung in internationalen Organisationen wie der Weltgesundheitsversammlung (World Health Assembly, WHA), der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (International Civil Aviation Organization, ICAO) und dem dem Umfassenden und Progressiven Abkommen für Transpazifische Partnerschaft (Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership, CPTPP). Die Regierung der Republik China (Taiwan) in Taipeh sei entschlossen, mit gleichgesinnten Partnern wie Japan daran zu arbeiten, eine offene und blühende indo-pazifische Region zu bewerkstelligen, fügte er hinzu.

Kishida pries in seiner Antwort die Wirtschafts- und Handelskooperation zwischen Taiwan und Japan, und er gelobte, den Austausch zu vertiefen.

Chang beschrieb seinen Umgang mit Xi Jinping als freundlich und höflich. Sie hätten Grüße ausgetauscht und sich gegenseitig nach ihrer jeweiligen Gesundheit erkundigt, bemerkte er.

APEC war im Jahr 1989 gegründet worden, um größere Integration und Wohlstand in der Region zu erreichen, indem für ausgewogenes, aufgeschlossenes, innovatives,

sicheres und nachhaltiges Wachstum gesorgt wird. Seit dem Beitritt im Jahr 1991 hat Taiwan zu zahlreichen Initiativen und Projekten in Bereichen wie Katastrophenverhütung, Nahrungsmittelsicherheit, Informations- und Kommunikationstechnologie (Information and Communication Technology, ICT) sowie wirtschaftliche Ermächtigung von Frauen wesentliche Beiträge geleistet.

Erneut Bundestagsabgeordnete zu Besuch in Taiwan



Die beiden Abgeordneten des Deutschen Bundestages Marcus Faber (FDP) und Holger Becker (SPD) hielten sich vom 17. bis 18. November für einen Besuch in Taiwan auf und trafen dabei mit dem stellvertretenden Außenminister Tien Chungkwang zusammen.

Im Rahmen ihres Reiseprogramms besichtigten die beiden unter anderem die Taiwan-Stiftung für Demokratie (Taiwan Foundation for Democracy, TFD), das Institut für Landesverteidigung und Sicherheitsforschung

(Institute for National Defense and Security Research, INDSR), den Halbleiterhersteller United Microelectronics Corp, den Nationalen Entwicklungsrat (National Development Council, NDC) und den Legislativ-Yuan.

Das Außenministerium in Taipeh brachte Wertschätzung für den Besuch der beiden Volksvertreter und ihre damit bekundete Unterstützung von Taiwan zum Ausdruck. Taiwan und die Bundesrepublik Deutschland hätten die Grundwerte Freiheit und Demokratie sowie Respekt vor Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit gemeinsam, betonte das Außenministerium und verwies auf den soliden Rückhalt für Taiwan im Bundestag — am 2. Oktober war eine sechsköpfige Delegation unter der Leitung von Klaus-Peter Willisch (CDU) für einen fünftägigen Besuch in Taiwan eingetroffen, später im gleichen Monat weilte eine von Peter Heide (FDP) geleitete parteiübergreifende Delegation von sechs Mitgliedern bzw. stellvertretenden Mitgliedern im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Bundestages für vier Tage im Land.

In die Gegenrichtung gab es in der jüngsten Zeit ebenfalls nennenswerte Besuche. Derzeit bereist eine Delegation unter der Leitung des Ministers von Taiwans



駐德國台北代表處法蘭克福辦事處

Taipeh Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland, Büro Frankfurt
Editorial: Taipeh Vertretung in der BRD, Büro Frankfurt

Website: https://www.roc-taiwan.org/defra_de/

E-Mail: frankfurt@mofa.gov.tw

Wenn Sie den Newsletter abbestellen möchten, schreiben Sie bitte an: frankfurt@mofa.gov.tw



Nationalem Wissenschafts- und Technologie-Rat (National Science and Technology Council, NSTC) Wu Tsung-song vom 15. bis 25. November Frankreich und Deutschland; Mitte dieser Woche will Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger Minister Wu empfangen.

Staatssekretärin Franziska Brantner reist nach Taiwan

Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Franziska Brantner (Grüne) traf am 15. November in Taipeh ein, wie die dortige deutsche Vertretung auf Facebook mitteilte. Welche Regierungsvertreter sie traf, wurde nicht bekannt gegeben. In der Mitteilung war lediglich von „verschiedenen taiwanischen Partnern“ die Rede.

Der Grund für die Zurückhaltung ist wohl die Sorge vor einer harschen Reaktion aus Peking. China rief die Bundesregierung auf, „von jeglicher Form offizieller Kontakte mit der Region Taiwan abzusehen“. Niemand solle „Chinas Willen und Entschlossenheit unterschätzen, seine Souveränität und territoriale Integrität zu schützen“, sagte ein Sprecher des Außenministeriums.

Vor der Pandemie gab es regelmäßig Besuche deutscher Staatssekretäre in Taiwan. Auch taiwanische Minister haben schon des Öfteren Deutschland besucht.

Zuletzt hatte 2019 der damalige Wirtschaftsminister Peter Altmaier seinen Amtskollegen Shen Jong-chin empfangen. China bemüht sich aber stärker als in der Vergangenheit, Taiwan international zu isolieren.

Generaldirektor Chang trifft Landtagspräsidenten Kuper

Mitte November ist Generaldirektor Chang der Taipeh Vertretung in Frankfurt zum Düsseldorfer Landtag gereist. Dort wurde er zu einem Abschiedstreffen von Landtagspräsidenten André Kuper empfangen.



Quelle Bild: Landtag NRW